

«Zum Metropolitanraum Sorge tragen»

Das untere Baselbiet gehört zur Stadt, alimentiert aber das Oberbaselbiet, erklärt Raumplaner Rolf Plattner

Die Landhof-Abstimmung zeigte den Spagat zwischen übergeordneten Zielen und Bedürfnissen der Betroffenen. In den bikantonalen Strukturen der Agglomeration Basel erfordert dies besonders viel Willen zur Kooperation.

DANIEL HALLER

Herr Plattner, die Landhof-Abstimmung hat gezeigt: Das Bedürfnis der Menschen nach Grünraum steht im Gegensatz zur Notwendigkeit, im Siedlungsraum dichter zu bauen. Wie gehen Raumplaner mit solchen Widersprüchen um?

Rolf Plattner: Beim Landhof sehe ich eher den Widerspruch zwischen Gesamt- und Partikularinteressen. Das Parlament hat eine massvolle Bebauung beschlossen. Anwohner und Stimmbürger gewichteten ihren Nutzen – den Erhalt dieses Grünraums – höher als das übergeordnete Interesse des Kantons Basel-Stadt an neuem Wohnraum. Auf solche Probleme trifft man in der Raumplanung oft.

Bei der geplanten Überbauung von Familiengärten ist das bereits angekündigt.

Plattner: Ja. Dabei erreichen die spezifischen Interessen einer Gruppierung oft eine höhere politische Mobilisierung als die abstrakten, übergeordneten Zielsetzungen. Diese Ziele – etwa «Verdichtung nach innen» oder «qualitativ hochwertigere Siedlungen» – sind zwar gesellschaftlich breit akzeptiert. Geht's dann aber um ein konkretes Projekt, trifft dieses häufig auf Widerstand.

Der Stadtkanton ist als Planungsraum viel kleiner als die geografisch real existierende Stadt. Gibt es eine Vision, wie man die Grünräume in der gesamten Agglomeration managen soll?

Plattner: Ja, und zwar seit 30 Jahren. Die damals gemeinsam erarbeiteten Konzepte sehen eine fingerförmige Besiedlung mit Rheintal-Achse, Birstal, Leimental und der Achse nach Allschwil vor. Dazwischen hat man bewusst auf den Höhenzügen die Grüngürtel bis an die Stadtgrenze freigehalten: Hardwald, Gempfen, Bruderholz, Rütihard und Bachgraben. Dafür gab es sogar Rückzonen von der Bau- in die Landschaftszone. So wurde das Baugebiet von Böttingen auf dem Bruderholz wesentlich verkleinert. Diese grossräumige Planung wiegt aber für viele das stärker empfundene Grünflächen-Defizit in einigen Stadt-Quartieren nicht auf.

Ist in einer bikantonalen Stadt Raumplanung überhaupt möglich?

Plattner: Das ist in der Tat schwierig: Im Baselbiet gibt es die Zweistufigkeit zwischen Kanton und den Gemeinden. Dies gilt für die meisten Bereiche in der Stadt nicht. Bei einem Konflikt, etwa um den 48er-Bus, ist unklar, ob es sich um eine Diskussion zwischen Kommunen – Stadt Basel und Allschwil – oder zwischen Kantonen handelt. Solche komplizierten asymmetrischen Überschneidungen gibt es sonst nirgends in der Schweiz.

Behindert dies die Entwicklung?

Plattner: Vergleicht man mit Zürich oder Genf, droht der Raum Basel ins Hintertreffen zu geraten. In Genf ist die Übereinstimmung zwischen dem Entscheidungsraum und dem «Funktionsraum Stadt» recht gut. Und in der Stadt Zürich hat man durch Eingemeindungen den politischen Raum und das Siedlungsgebiet zur Deckung gebracht. In Basel befindet sich dagegen ein wesentli-

«Die Leute wollen nicht ins Oberbaselbiet, sondern suchen **urbanes Wohnen im Grünen in Stadtnähe.**»

cher Teil der funktionellen Stadt im Nachbarkanton und ist dort in unterschiedliche Gemeinden zergliedert.

Wie könnte man dies lösen?

Plattner: Hierzu wären zwei Schritte nötig: Erstens müsste der Kanton Basel-Stadt dem Kanton Baselland beitreten. Und zweitens müsste dann die Stadt mit einer Reihe von Kommunen fusionieren. Beides ist politisch in nächster Zeit Illusion. Man wird darüber aber früher oder später sicher wieder diskutieren.

Wer müsste die Diskussion anstossen?

Plattner: Sie muss von unten kommen und dürfte in unerwarteten Zusammenhängen entstehen, unter anderem über die finanzielle Knappheit. So gibt nun ausgerechnet die ansonsten trennungsbewusste Wirtschaftskammer Baselland den Anstoss, das Parkierproblem überkantonale zu diskutieren. Es gibt eine Reihe von Fragen, welche die in einem separaten Kanton organisierte Innenstadt nicht allein lösen kann.

Zur Person

Rolf M. Plattner (Jahrgang 1942) studierte an der ETH Architektur und in den USA Raumplanung. Rund 20 Jahre arbeitete er bei den Kantonen Baselland (unter anderem Regionalplanung beider Basel) und Basel-Stadt (Leiter des Amts für Kantons- und Stadtplanung). Vor 15 Jahren gründete er in Basel ein eigenes Planungsbüro, mit Studien im In- und Ausland. Daneben arbeitete er als Lehrbeauftragter zehn Jahre an der Universität Basel und fünf Jahre an der Ingenieurschule beider Basel (heute FHNW). Plattner wohnt in Arlesheim und ist politisch in der CVP aktiv. (DH)

Welche Aufgaben meinen Sie?

Plattner: BAK Basel economics prognostiziert für die nächsten 20 Jahre eine Zuwanderung von 30 000 Personen in den wirtschaftlich attraktiven Raum Basel, vor allem aus der EU. Diese Leute wollen nicht ins Oberbaselbiet, sondern suchen urbanes Wohnen im Grünen in Stadtnähe. Da die Bewohnerzahl je Wohnung sinkt – in der Stadt liegt sie unter zwei Personen –, müssen 15 000 neue Wohnungen her. Die Stadt will deren 5000 bauen. In der Agglomeration müssen die Gemeinden intern, untereinander und mit dem Kanton klären, wie sie dem Bevölkerungszuwachs, der sinkenden Wohnungsbelegung und dem Wunsch nach grösseren Wohnungen gerecht werden wollen – und nicht nur siedlungs- sondern auch verkehrsmässig.

Welches Ziel hätten Sie da vor Augen?

Plattner: Raumplanung muss generell in längeren Zeiträumen denken: Das Herzstück der S-Bahn in Basel muss für die nächsten 100 Jahre funktionieren; auch die Erschliessung der südlichen Agglomerationsgemeinden mit einer Südumfahrung muss sich an der zu er-

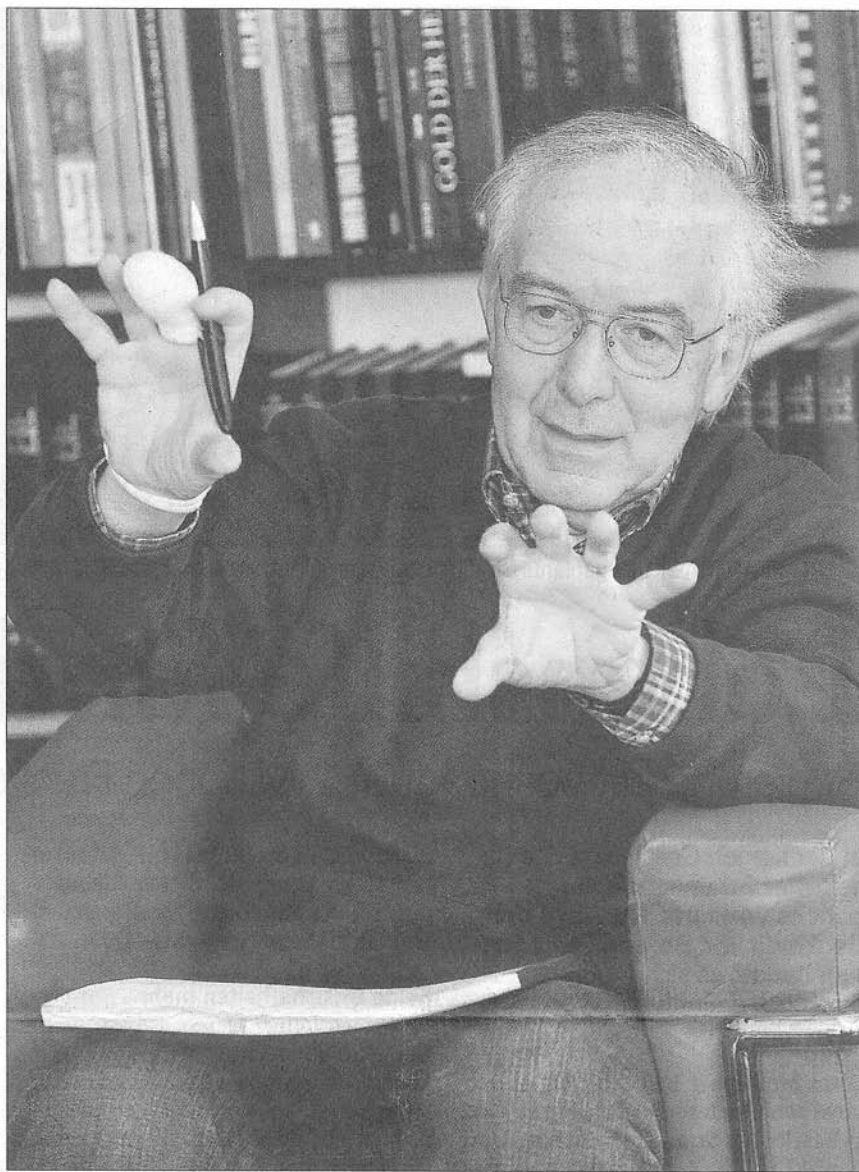
«Diese Illusion der Ländlichkeit müssen wir überwinden.»

wartenden Siedlungsentwicklung der nächsten 50 Jahre orientieren. Dabei gibt es in der Raumplanung keinen Endzustand, eine Stadt entwickelt sich immer weiter. Raumentwicklung muss

versuchen, kurzfristige Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und sie zu verhindern. So lassen sich Kosten sparen.

Wäre dafür eine Art Agglomerationsrat nützlich?

Plattner: Ich halte wenig davon, ein solches Gremium zu schaffen, das einer vierten staatlichen Ebene gleichkäme. Allein die Frage, welche Befugnisse der Grosse Rat, Landrat und Gemeinden abtreten müssten, ist kaum zu beantworten. Vielmehr ist in der hoch komplexen Nordwestschweizer Sondersituation ein erhöhter politischer Wille zur Zusammenarbeit erforderlich: Die Überzeugung «wir sitzen im gleichen Boot». Dafür muss man auch im Baselbiet akzeptieren, dass der untere Teil de facto zur Stadt gehört, aber via Finanzausgleich den oberen Teil alimentiert. Diese Illusion der Ländlichkeit muss man überwinden. Deshalb geht ein Kultur-Leitbild, das ländliche Kultur zur Kantonalkultur erheben will, an der Realität vorbei: Es verkennt die Unterschiede zwischen Agglomeration und Oberbaselbiet und versucht, einen kulturellen Unterschied zwischen Stadt und den umliegenden Gemeinden zu konstruieren, der für die notwendige vertiefte Zusammenarbeit nicht hilfreich wäre. Wir müssen zum Metropolitanraum Basel Sorge tragen.



ROLF PLATTNER «Mehr Wille zur politischen Zusammenarbeit ist erforderlich.» NIZ